



Gesetzesentwurf 5758

Gegenstand des Gesetzesentwurfs

Bis heute fanden sich die gesetzlichen Bestimmungen zur Schulpflicht in dem geänderten Gesetz vom 10. August 1912 über die Grundschule.

Seitdem hat sich natürlich die Lage erheblich verändert. Derzeit verbringen die Schüler in der Regel mindestens drei Jahre ihrer Schulpflicht außerhalb der Grundschule im Sekundarunterricht oder dem technischen Sekundarunterricht, sodass es angebracht ist, die Hauptgrundsätze, die sich auf die Schulpflicht beziehen, in einem gesonderten Gesetz und nicht in dem Gesetz niederzulegen, das die Organisation des elementaren Unterrichts regelt.

Der hier vorliegende Text schlägt vor, die Dauer der Schulpflicht von 11 auf 12 Jahre zu verlängern, wobei sie im ersten Zyklus der Grundschule beginnt, die jedes Kind, das vor dem 1. September sein viertes Lebensjahr abgeschlossen hat, besuchen muss.

Es wird in unseren Gesellschaften gemeinhin festgestellt, dass ein besserer und längerer Schulbesuch besser sozialisierte und verantwortliche Bürger, effizientere Wirtschaftsakteure und Personen hervorbringt, die eher in der Lage sind, sich den Herausforderungen und schnellen Änderungen der Welt im Allgemeinen und des Wissens im Besonderen zu stellen. Mit den Änderungen der sozio-familiären Strukturen gibt es also eine ganze Reihe von Gründen für eine erneute Verlängerung der Schulpflicht.

Die wichtigsten Neuerungen

Im Vergleich zur derzeit geltenden Gesetzgebung bringt der Entwurf die folgenden wesentlichen Neuerungen:

- Die unterlassene Pflicht, die Vorschule zu besuchen, wird strafbar.

Bis heute konnte der Verstoß gegen die Pflicht des Vorschulbesuchs strafrechtlich nicht geahndet werden. Der stärkere Zwang bezüglich der Pflicht, den ersten Zyklus der Grundschule zu besuchen, ist dadurch gerechtfertigt, dass diese Erziehung eine immens wichtige Rolle bei der Sozialisierung und den ersten Lernschritten der Kinder spielt.

- Der Staat trägt dafür Sorge, dass Schüler, denen ein vorzeitiger Ausschluss droht, in der Schule verbleiben.

Die vom Ministerium für Erziehung und Berufsausbildung¹ 2006/2007 durchgeführte Studie „Schulabbruch in Luxemburg“ zeigt, dass der Prozentsatz derjenigen, die abgebrochen haben², in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen ist. Die Schaffung neuer

¹ «Schulabbruch in Luxemburg – Mai 2006 bis April 2007; Werdegang und Eigenschaften der jugendlichen Schulabbrecher; Ursachen des Schulabbruchs», MENFP, Juni 2008.

² Der Begriff «Schulabbrecher», so wie der in der Studie verwendet wird, gilt für die Jugendlichen, die die Schule endgültig verlassen und sich dem Arbeitsmarkt zugewandt haben, die eine Maßnahme der beruflichen Einbindung besuchen oder keine besondere Beschäftigung haben.



Schulangebote für Schüler mit Problemen sowie die Aufholklassen und die systematische Betreuung der Schulabbrecher durch die ALJ (Action Locale pour Jeunes – Lokale Aktion für Jugendliche) tragen dazu bei, dass dieser Anteil sinkt.

Dennoch sind es mehr als 9 % der Schüler, die die Schule endgültig ohne Abschluss verlassen. Wenn die betreffenden Schüler zu den Gründen, die sie dazu veranlasst haben, befragt werden, nennen sie in den meisten Fällen ihre fehlende Motivation, eine Schulausbildung fortzusetzen, die Tatsache, keinen Ausbildungsplatz gefunden zu haben, Schulversagen sowie die falsche Wahl einer Ausbildung oder die falsche Orientierung zu einer Ausbildung, die ihnen nicht gefällt.

- Der Gesetzesentwurf legt die Unterrichtssprachen der luxemburgischen Schule fest. Die luxemburgische, deutsche und französische Sprache sind explizit als Unterrichtssprachen in der luxemburgischen Schule festgelegt. Abweichungen sind weiterhin möglich (z.B. für integrierte Kurse in der Muttersprache, internationales Abitur in englischer Sprache).

- Im Gesetzesentwurf ist die Pflicht, einen neutralen Unterricht zu geben, verankert. Die schulische Ausbildung darf unter Beachtung der Gewissensfreiheit der Schüler keine religiöse oder politische Meinung bevorzugen. Daraus ergibt sich das Verbot für die Lehrkräfte, ihren persönlichen Überzeugungen durch ihre Kleidung oder ein anderes Zeichen Ausdruck zu verleihen.